

G R E M I U M :	RAT
SITZUNG AM :	23. September 2021
T O P :	N 5.4. und N 5.4.1.
D R U C K S - N R.:	0155/2021 und 0155-1/2021
BERATUNGSGEGENSTAND :	Steuerliches Risiko in den Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt Hagen und dem Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR (WBH) unter Berücksichtigung der neuen Umsatzbesteuerung ab dem Jahr 2023

Beschlussvorschlag:

1. Die Tagesordnungspunkte **0155/2021** und **0155-1/2021** werden in der Ratssitzung am 23. September 2021 als 1. Lesung behandelt.
2. Die Verwaltung bereitet bis zur nächsten Ratssitzung am 18. November 2021 eine zweigeteilte Vorlage vor. Alle Sachverhalte, die entsprechend der Gemeindeordnung öffentlich gemacht werden können, werden unter einem öffentlichen Tagesordnungspunkt beraten. Sachverhalte, die zwingend nichtöffentlich behandelt werden müssen, werden unter einem gesonderten Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beraten.
3. Bis zur Ratssitzung am 18. November 2021 erarbeitet die Verwaltung gemeinsam mit den im Rat vertretenen Fraktionen, Gruppen und Einzelvertretern die personelle Besetzung eines neuen Verwaltungsrates und dessen Kompetenzen. Dabei sind die gefassten Zusatzbeschlüsse der Bezirksvertretungen zwingend einzubeziehen.

Begründung:

Im Vorfeld der Entscheidung über die organisatorische Neuaufstellung des WBH ist eine öffentliche Diskussion entstanden, die zum einen der Reputation des Wirtschaftsbetriebs und zum anderen dem angestrebten Verfahren nicht gerecht wird.

Aus Sicht der SPD-Ratsfraktion fußen die in der Öffentlichkeit geäußerten Meinungen und Bedenken zum Teil auf Unkenntnis der komplexen Zusammenhänge. Die Verwaltung hat mit ihren „Stellungnahmen der Stadtverwaltung Hagen zur Berichterstattung in der Westfalenpost/Westfälischen Rundschau über die mögliche Betrauung der Wirtschaftsbetriebe Hagen (WBH)“ vom 17. und vom 20.9.2021 bereits den Versuch unternommen, mehr Sachlichkeit in die teilweise emotional geführte öffentliche Diskussion zu bringen.

Daraus wird ersichtlich, dass sich auch der Rat dem Thema in vielen Bereichen öffentlich annehmen kann, um hier für mehr Transparenz und Aufklärung zu sorgen. Dazu sollte eine zweigeteilte Vorlage (öffentlich/nichtöffentlich) für die nächste Sitzung des Rates erstellt werden.

Mit freundlichem Gruß



Claus Rudel
SPD-Fraktionsvorsitzender